

KDFB – INFORMATIONEN 1/2010



Thema: Sexualisierte Gewalt

KDFB zur sexualisierten Gewalt

- 2 Fischbach: „Wir sehen uns als Christinnen in Frage gestellt“

Reaktionen in der Politik

- 3 Im Mittelpunkt müssen die Opfer stehen
4 Koalition: Sexuellen Missbrauch als Verbrechen ahnden
5 Missbrauchsbeauftragte
5 Schavan gegen generelle finanzielle Entschädigung für Missbrauch

Runder Tisch

- 6 Bergmann sieht in Rundem Tisch große Chance
7 Ministerinnen: Ziele zum Auftakt des Runden Tisches
8 Sperriger Tisch mit 70 Plätzen
9 Ministerinnen: Positiver Auftakt
10 Ackermann: Die Atmosphäre war konstruktiv und respektvoll

Reaktionen in der Kirche

- 19 Telefon-Hotline
11 Bischöfe wollen bei Leitlinien stärker auf die Opfer eingehen
11 Lehmann sieht tiefgreifende Krise der Kirche
12 Heimbach-Steins: Papst muss sich Strukturfrage stellen

- 13 Wunibald Müller: Kirche muss Sexualität aus der Dunkelkammer holen
13 Theologe fordert bessere Auswahl und Fortbildung von Priestern
14 Bischof Fürst will mit aus der Kirche Ausgetretenen sprechen
15 Missbrauch wird Thema beim Ökumenischen Kirchentag
16 Glück fordert einheitliche Regeln für den Umgang mit Missbrauchsfällen

IMPRESSUM

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund

- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Tel (0221) 86092-0
Fax (0221) 86092-79
Email: bundesverband(at)frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

KDFB zur sexualisierten Gewalt in der Kirche

Fischbach: „Wir sehen uns als Christinnen in Frage gestellt“

In der Maiausgabe der Verbandszeitschrift „KDFB Engagiert – Die christliche Frau“ hat KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach im Editorial Stellung zur sexualisierten Gewalt in Einrichtungen der Katholischen Kirche Stellung genommen:

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Vorwürfe und Missbrauchsfälle bekannt werden. Anlass genug, dass sich der Bundesausschuss des Frauenbundes auf seiner letzten Sitzung einstimmig dafür ausgesprochen hat, sich an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch zu wenden. Wir fühlen vor allem mit den Opfern und ihren Familien. Ihnen gilt unser Mitgefühl. Uns allen ist klar, dass wir zum einen unterscheiden müssen zwischen körperlicher Züchtigung, die leider erst 1973 in den Schulen offiziell abgeschafft wurde, und sexualisierter Gewalt. Sexualisierte Gewalt ist eine Straftat, die rechtlich verfolgt und geahndet werden muss. Täter müssen für nachgewiesene Taten bestraft werden. Es muss sichergestellt sein, dass Täter nicht mehr mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen. So wie es die Deutsche Bischofskonferenz bereits 2002 in ihren Leitlinien gefordert, aber nicht konsequent genug angewendet hat.

Wir wissen auch, dass sexualisierte Gewalt nicht nur innerhalb unserer katholischen Kirche vorkommt. Aber die Wucht der Kritik an der Kirche und vor allem der Umgang einiger Verantwortlicher mit den Fällen sexualisierter Gewalt bestürzen uns sehr. Wir sehen uns als Christinnen in Frage gestellt und sollen Antworten geben, die wir nicht haben. Wir haben unser Entsetzen über den schweren Vertrauensbruch, in diesem Brief zum Ausdruck gebracht und von unseren Bischöfen und Ordensoberen einen ehrlichen Umgang mit der Schuld und die gebotene Transparenz nach außen gefordert. Autoritäts- und Machtstrukturen, Gehorsamsansprüche und Kommunikationswege in unserer katholischen Kirche müssen überprüft werden, damit die viele gute Arbeit, die geleistet wurde und wird, nicht weiter in Misskredit gebracht wird.

Die zwischenzeitlich bei uns eingegangene Antwort auf unseren Brief befriedigt uns nicht. Wir erwarten, dass unsere Kirche die Chance ergreift, Wege der Umkehr aufzuzeigen und sie selber auch zu gehen. Dazu gehören aus unserer Sicht auch präventive Maßnahmen wie zum Beispiel Richtlinien für katholische Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen für den Umgang mit sexualisierter Gewalt, die thematische Behandlung in der Priesterausbildung, aber auch der Einsatz kirchenunabhängiger Personen als Beauftragte und AnsprechpartnerInnen in allen Diözesen. Wir werden uns mit dem Thema Gewalt in Zukunft intensiver beschäftigen, auch um strukturelle Zusammenhänge aufzuzeigen und gangbare Wege in die Zukunft zu finden.

Ingrid Fischbach

Reaktionen in der Politik

„Im Mittelpunkt müssen die Opfer stehen“

Justizministerin und Bischöfe wollen eng kooperieren

Berlin (KNA) Immerhin zwei Monate hat es gedauert, bis sich die Deutsche Bischofskonferenz und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) nach dem offenen Streit über den Umgang mit Missbrauchsfällen in der Kirche an einen gemeinsamen Tisch setzten. Eineinhalb Stunden konferierten Vertreter des Ministeriums mit Repräsentanten der Bischofskonferenz unter dem Vorsitzenden, Erzbischof Robert Zollitsch, am 15. April im Dienstsitz der Ministerin in Berlin. Und wie nicht nur der anschließenden gemeinsamen Pressemitteilung zu entnehmen war, hat sich die Zeit des Nachdenkens offenbar gelohnt. Beide Seiten sprachen von einem „intensiven und konstruktiven Gedankenaustausch“.

Damit ist der Weg frei für eine unbelastete Teilnahme der Kirche an dem vom Bundeskabinett eingesetzten Runden Tisch gegen sexuellen Kindesmissbrauch. Er soll am 23. April erstmals zusammentreten. Die Kirche sagte bei dem Treffen zu, sich an der Unterarbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Bundesjustizministerin aktiv zu beteiligen. Das Gremium soll sich mit der rechtlichen Aufarbeitung der Fälle befassen. Neben der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs soll es auch um die Frage gehen, „wie das Leid der Opfer in den Fällen, die bereits verjährt sind, angemessen anerkannt wird“.

Ursprünglich hatte die Ministerin einen eigenen Runden Tisch allein für die Kirche gefordert. Die Bischöfe hatte dies aber stets als einseitig abgelehnt und darauf verwiesen, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle. Immerhin werden der Staatsanwaltschaft jährlich rund 15.000 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch angezeigt. Nun soll das Gremium „unter Beteiligung aller betroffenen Akteure“ stattfinden.

Im Kern ging es bei der Unterredung aber wohl darum, den Vorbehalt der Justizministerin auszuräumen, die Kirche stelle mit ihrem Kirchenrecht gleichsam einen Staat im Staate dar und entziehe die Täter dem Zugriff der Justiz. Dieser Vorwurf stand auch hinter ihrer pauschalen Kritik in einem „Tagesthemen“-Interview, die Anlass des offenen Schlagabtausches war.

Zollitsch erläuterte deshalb, dass sich das Kirchenrecht ausschließlich auf innerkirchliche Fragen von Disziplin und möglichen Strafen beziehe, nicht aber den Täter dem Zugriff der staatlichen Justiz entziehen solle. Dabei verwies er auch auf die vor kurzem vom Vatikan veröffentlichte Klarstellung, in der es heißt: „Staatliches Recht, das die Anzeige von Verbrechen bei den zuständigen Behörden betrifft, soll immer befolgt werden.“

Die Justizministerin forderte die Bischofskonferenz auf, bei der Überprüfung der innerkirchlichen Richtlinien von 2002 herauszustellen, „dass innerkirchliche Maßnahmen die Aufnahme und Durchführung staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen weder verzögern noch behindern dürfen“.

Ob die Bischöfe ihrer Forderung folgen werden, staatliche Behörden automatisch schon beim Missbrauchsverdacht einzuschalten, ist noch offen. Bislang beabsichtigen dies nur die bayerischen Bischöfe. Der Missbrauchsbeauftragte der Bischofskonferenz, Bischof Stephan Ackermann, der ebenfalls am Gespräch teilnahm, hatte bereits im Vorfeld betont, dass es in Deutsch-

land aus gutem Grund keine Anzeigenpflicht bei Missbrauchsfällen gebe. Dabei verwies er auf Experten und Opferorganisationen, die vor einem solchen Automatismus warnten. Zwar müssten die „berechtigten Interessen des Staates“ gesehen werden; dennoch hätten der Schutz und die Bedürfnisse der Opfer Vorrang. Die Bischofskonferenz will bis zum Sommer überlegen, wie beide Interessen in den Leitlinien angemessen berücksichtigt werden können.

Diese Frage wird wohl auch Thema in der Gesprächsrunde unter Leitung der Justizministerin im Rahmen des Runden Tisches sein. Dass hierüber nun wieder offen und konstruktiv gesprochen werden kann, gehört zu den wesentlichen Ergebnissen des Treffens. „Im Mittelpunkt der Aufarbeitung müssen dabei immer die Opfer stehen, denen großes Leid zugefügt worden ist“, bekannten beide Seiten. „Sie haben ein Recht auf ehrliche Aufklärung“.

Christoph Scholz (KNA) – 15. April 2010

Koalition: Sexuellen Missbrauch als Verbrechen ahnden

Berlin (KNA) Beide Koalitionsfraktionen wollen sexuellen Missbrauch von Kindern künftig stärker bestrafen. Sie sprachen sich in Berlin dafür aus, solche Fälle als Verbrechen und nicht länger nur als Vergehen zu ahnden. „Das Strafrecht muss bei diesen schrecklichen Taten endlich eine angemessene Antwort geben“, so Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU). Derzeit gebe es eine eklatante Schieflage. Der FDP-Rechtsexperte Hartfrid Wolff nannte es „unerträglich“, dass sexueller Missbrauch von Kindern und Schutzbefohlenen bislang kein Verbrechen sei.

Mit der Einstufung als Verbrechen gingen auch längere Verjährungsfristen einher. Derzeit beträgt die strafrechtliche Verjährungsfrist in Fällen sexuellen Kindesmissbrauchs zehn Jahre. Für besonders schwere Fälle gilt eine Frist von 20 Jahren. Der sexuelle Missbrauch von minderjährigen Schutzbefohlenen verjährt derzeit innerhalb von fünf Jahren. Die Fristen beginnen in allen Fällen mit der Volljährigkeit des Opfers. Die Union strebt eine dann beginnende Verjährungsfrist von 20 Jahren an und dazu den Strafrahmen auf bis zu 15 Jahre erhöhen; die Maximalstrafe ist derzeit zehn Jahre. Zur zivilrechtlichen Verjährung äußern sich beide Seiten nicht.

Krings betonte mit dem rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), Kindesmissbrauch hinterlasse tiefe seelische Narben und lebenslanges Leid. Opfer würden schwer traumatisiert. Deshalb sei die härtere Bestrafung überfällig.

Wolff betonte, gerade die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche zeigten, dass Übergriffe zum Teil erst nach Jahrzehnten aufgedeckt würden. Es dürfe aber nicht sein, dass Täter wegen zu kurzer Verjährungsfristen davonkämen.

Vor zehn Tagen hatte die bayerische Justizministerin Beate Merk (CSU) eine Verlängerung der strafrechtlichen Verjährungsfrist auf 30 Jahre gefordert. Das stieß auf Skepsis bei Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), die vor "Schnellschüssen" warnte. Die Ministerin warnte davor, die umfassende Aufarbeitung der Missbrauchsfälle mit einem Streit über neue rechtliche Maßnahmen zu verknüpfen. (KNA – 26. Februar 2010)

Missbrauchsbeauftragte ab sofort für Betroffene erreichbar

Berlin (KNA) Die Missbrauchs-Beauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann, ist ab sofort für Betroffene erreichbar. Die neu eingerichtete Geschäftsstelle habe ihre Arbeit aufgenommen und sei per Mail, Fax und postalisch erreichbar, teilte Bergmann in Berlin mit. Die geplante Hotline für Missbrauchsoffer befinde sich noch im Aufbau. Vor zwei Wochen hatte die Bundesregierung den Beschluss zur Gründung der Anlaufstelle gefasst und die frühere SPD-Familienministerin Bergmann zur unabhängigen Beauftragten für die Aufarbeitung von Fällen sexuellen Kindesmissbrauchs ernannt.

Bergmann sagte, sie hoffe auf viele Gespräche mit Betroffenen, um angemessene Hilfen entwickeln und Empfehlungen an die Entscheidungsträger geben zu können. Die unabhängige Beauftragte, deren Büro sich im Bundesfamilienministerium befindet, soll sich mit der Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauchs sowohl in Institutionen und Kirchen wie auch im familiären Umfeld beschäftigen.

Hinweis: Die unabhängige Beauftragte für die Aufarbeitung von Fällen sexuellen Missbrauch ist erreichbar per Mail unter kontakt@ubskm.bund.de oder per Fax unter (030) 18 55 54 15

Schavan gegen generelle finanzielle Entschädigung für Missbrauch

Düsseldorf (KNA) Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat sich gegen pauschale Entschädigungszahlungen an Missbrauchsoffer ausgesprochen. „Man kann sich nicht von Schuld freikaufen“, sagte sie in einem Interview der „Rheinischen Post“. Die Opfer erwarteten zuallererst das Eingeständnis, dass ihnen Unrecht geschehen sei. „Rat, Hilfe und möglicherweise Finanzierung notwendiger Therapien sind wichtiger als generelle Entschädigungen in Geld“, betonte die CDU-Politikerin. Die Ministerin äußerte sich „entsetzt und zugleich besorgt über die Glaubwürdigkeitskrise“, die der katholischen Kirche durch die Missbrauchsskandale entstanden sei. Die Kirche könne nun ein gutes Beispiel geben, wie man mit Schuld umgehe, betonte die frühere Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Zugleich äußerte sie sich zuversichtlich, dass die Kirche den Opfern künftig gerecht werde. Der Missbrauchs-Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Stephan Ackermann, sei ein überzeugender Gesprächspartner am Runden Tisch der Bundesregierung zum Kindesmissbrauch.

Schavan warnte die katholische Kirche vor Selbstmitleid. Sie solle sich jetzt nicht fragen, wer sie wegen der Missbrauchsskandale in Verruf bringen wolle. „Die Gesellschaft ist nicht ungnädig mit Sündern, sie ist ungnädig mit Heuchlern - und zwar zu Recht“. Die Kirche müsse vielmehr die Krise nutzen, „um neue Kräfte zu entfalten und ihrer großartigen Botschaft gerecht zu werden“. Schavan bejahte in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Kirche Sexualität im Allgemeinen und Homosexualität im Besondern anders behandeln müsse. „Das fordern viele Theologen seit langem - zu Recht“, sagte sie wörtlich. (KNA – 1. Mai 2010)

Runder Tisch gegen Kindesmissbrauch

„Schutz und schnelle Hilfe schaffen“

Bergmann sieht in Runden Tisch eine große Chance

Am 23. April tagt erstmals der Runde Tisch gegen Kindesmissbrauch. Die ehemalige SPD-Familienministerin Christine Bergmann wird als unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle teilnehmen. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) sprach mit ihr am Donnerstag in Berlin über Aufgaben und Ziele des Gremiums.

KNA: Frau Bergmann, welche Erwartungen haben Sie an den Runden Tisch?

Bergmann: Er ist eine große Chance, um Kinder künftig besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Erstmals kommen Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Verbände aus Politik, Kirche und Gesellschaft zusammen, um Fälle aus der Vergangenheit aufzuarbeiten sowie Schutz und Prävention zu verbessern.

KNA: Welche Aufgabe kommt Ihnen dabei zu?

Bergmann: Zunächst sind wir eine Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige oder Personen, die um Missbrauchsfälle wissen. Das betrifft sowohl die Vergangenheit als auch akute Missbrauchsfälle. Dann wollen wir auf der Grundlage eigener Erkenntnisse sowie bereits vorhandener Erfahrungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Aufarbeitung des Themas beitragen. Dazu führen wir schon jetzt viele Gespräche mit Beratungsstellen, Initiativen und Experten. Daraus werden wir dann Empfehlungen erarbeiten und der Bundesregierung vorlegen. Dabei wird es auch um Hilfen für Betroffene gehen, sowohl materielle als auch immaterielle.

KNA: Nach Angaben des Bundeskriminalamts werden der Staatsanwaltschaft jährlich rund 15.000 Missbrauchsfälle bekannt. Die Dunkelziffer wird auf weit über 100.000 geschätzt. Hätte ein solches Gremium nicht schon viel früher einberufen werden müssen?

Bergmann: Man muss die Gesellschaft erst für diese Fragen sensibilisieren. Jetzt war der Anlass das Bekanntwerden der massiven Fälle in den Institutionen. Das gilt für kirchliche Bildungseinrichtungen wie für viele andere Institutionen und Schulen. In den vergangenen Jahren ist bereits einiges gegen den Missbrauch auf den Weg gebracht worden. Die öffentliche Debatte zeigt aber, dass dies nicht ausreicht.

KNA: Um welche Bereiche wird es konkret gehen?

Bergmann: In der Öffentlichkeit geht es derzeit vor allem um Missbrauch in den Institutionen, sowie um Fälle, die oft sehr weit zurückliegen. Fachleute gehen aber davon aus, dass etwa 90 Prozent des Kindesmissbrauchs im familiären Umfeld stattfindet. Weiterer Bereiche sind etwa der Sport oder Jugendeinrichtungen.

KNA: Ist sexueller Missbrauch immer noch ein Tabuthema in Deutschland?

Bergmann: Inzwischen wird zwar in der Gesellschaft darüber gesprochen, aber man geht noch nicht offen damit um. So gibt es weiterhin "Schweigekartelle" in Institutionen, die sich schützen und sagen, das schädigt unseren guten Ruf. Aber auch in Familien ist es oft sehr schwierig zuzugeben, dass so etwas vorkommt. Die Leidtragenden sind die Kinder. Wir müssen deutlich machen, dass sie ein Recht auf gewaltfreie Erziehung sowie Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung haben.

KNA: Worum wird es beim Thema Schutz und Prävention gehen?

Bergmann: Wir werden genau sehen müssen, wo wir mehr Beratungsstellen brauchen, wo es Lücken gibt und wie Institutionen damit umgehen. Wichtig sind etwa Ansprechstellen gerade in Institutionen, damit betroffene Kinder nicht mehr hilflos bleiben. Wichtig ist ferner die Fortbildung etwa für Lehrer oder Kita-Erzieher: An welchen Symptomen erkennen sie, ob ein Kind missbraucht wird, und wie können sie damit umgehen. Zugleich wird es um Kriterien bei der Auswahl im hauptamtlichen wie im ehrenamtlichen Bereich gehen. Schließlich ist zu prüfen, ob vorhandene rechtliche Regelungen ausreichen.

KNA: Wie steht es um die Frage der Aufarbeitung?

Bergmann: Für mich ist es das Schlimmste, wenn ältere Menschen schildern, wie sie vergeblich nach Hilfe gesucht haben. Gerade für sie ist es besonders wichtig, dass wir ihr Leid öffentlich anerkennen und diejenigen, die dafür verantwortlich sind, benennen und zur Verantwortung ziehen. Man wird zwar in Zukunft nicht alles verhindern können. Wir müssen aber zumindest dafür sorgen, dass Betroffene schnelle Hilfe finden.

Interview: Christoph Scholz (KNA) – 22. April 2010

Ministerinnen: Ziele zum Auftakt des Runden Tisches Missbrauch

Berlin (KNA) Zum Auftakt des Runden Tisches gegen Missbrauch haben die einladenden Bundesministerinnen für Familie, Justiz und Bildung ihre Erwartungen formuliert. „Ich wünsche mir, dass Defizite heute klar benannt werden“, sagte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) vor Journalisten in Berlin. Viele Straftaten, die der Runde Tisch behandle, seien bereits verjährt, doch die Verantwortung verjähre nicht. Dies gelte sowohl für die Verantwortung gegenüber Opfern wie auch gegenüber allen Eltern und Kindern, die es durch gute Präventionskonzepte künftig noch besser zu schützen gelte.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte, der Runde Tisch werde vergangene Missbrauchsfälle aufarbeiten und dann beraten, welche rechtspolitischen Konsequenzen gezogen werden müssten. Ziel sei es, Strukturen zu verändern, so dass sexueller Missbrauch in Institutionen und Familien möglichst nicht mehr passiere.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) nannte als oberste Priorität für die Arbeit am Runden Tisch, „den Opfern gerecht zu werden und Vorsorge für die Zukunft zu treffen“. In den Institutionen fänden derzeit bereits entsprechende Prozesse statt. Dies alles geschehe im Dreiklang „aufdecken, aufklären, aufarbeiten“. (KNA – 23. April 2010)

Sperriger Tisch mit 70 Plätzen

Der Titel ist so sperrig wie das Thema: „Sexueller Missbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“. Hierzu wollen sich am 23. April erstmals rund 70 Vertreter aus Politik, Kirche, Gesellschaft und von Interessengruppen zu einem Runden Tisch im Bundesfamilienministerium versammeln. Zu ihnen zählt auch Ingrid Fischbach, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion.

Die Initiative ging von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) aus, die damit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zuvorkamen. Diese wollte zunächst ausschließlich ein Gremium für die Kirchen angesichts der bekannt gewordenen Missbrauchsfälle im kirchlichen Bereich aus vergangenen Jahrzehnten. Inzwischen sind zahlreiche Fälle in weltlichen Bildungseinrichtungen hinzugekommen.

Anlass für den Runden Tisch ist also der Missbrauch in Institutionen. Allerdings soll nun nach dem Willen der Bundesregierung der gesamte Problemkomplex behandelt werden. Laut Statistik des Bundeskriminalamtes werden der Staatsanwaltschaft jährlich rund 15.000 Missbrauchsfälle bekannt. Die Dunkelziffer soll bei weit über 100.000 liegen. Und 90 Prozent der Missbrauchsfälle finden demnach im unmittelbaren familiären Umfeld statt.

Das Gremium tagt in zwei Arbeitsgruppen. Eine befasst sich unter Leitung von Leutheusser-Schnarrenberger mit der Aufklärung und Aufarbeitung vergangener Missbrauchsfälle. Bei den juristischen Themen wird es nicht zuletzt um die Verjährung gehen, sowie - mit Blick auf die Kirche - um die Frage der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden. Dabei steht vor allem der Zeitpunkt zur Diskussion, ab wann die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wird, zumal es in Deutschland keine Anzeigepflicht gibt. Bei der Aufarbeitung geht es dann sowohl um die Anerkennung des zugefügten Leidens und die Verantwortung der Täter als auch um mögliche Entschädigungen. Das Thema Schutz und Prävention umfasst sowohl den Ausbau von Beratungsstellen und Hilfsangeboten als auch die Aus- und Fortbildung von Lehrern und Erziehern, sowie Kriterien bei deren Anstellung. Schließlich ist zu prüfen, ob vorhandene rechtliche Regelungen ausreichen.

Die Kirche hatte ihre Teilnahme unmittelbar nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Einsetzung des Runden Tisches zugesagt. Für sie wird der Missbrauchsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, der Trierer Bischof Stephan Ackermann, teilnehmen. Nach dem Treffen zwischen dem Episkopats-Vorsitzenden, Erzbischof Robert Zollitsch, und der Bundesjustizministerin, bei dem der zunächst offen geführte Streit beigelegt wurde, ist nun eine unbelastete Teilnahme möglich.

Um die Liste aller Teilnehmer wird offenbar bis in letzter Minute gefeilscht. Einige Opferverbände sehen sich bereits übergangen. Während die Ministerinnen die Leitung des Gremiums übernehmen, soll die frühere SPD- Bundesfamilienministerin Christine Bergmann als unabhängige Beauftragte für die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen teilnehmen und schließlich Empfehlungen vorlegen. Schon die Teilnehmerzahl wird eine Arbeit über ein so weitgefächertes Thema nicht einfach machen. Umso ehrgeiziger wirkt der von Familienministerin Schröder vorgegebene Zeitplan: "Bis Ende des Jahres soll der Runde Tisch seine Arbeit abgeschlossen haben", kündigte sie im Vorfeld der ersten Sitzung an. (*KNA – 21. April 2010*)

Ministerinnen: Positiver Auftakt für Runden Tisch

Berlin (KNA) Der Runde Tisch gegen Missbrauch hat seine Arbeit aufgenommen. Die einladenden Bundesministerinnen für Familie, Justiz und Bildung bewerteten das erste Treffen als sehr „konstruktiv und intensiv“. Als eine erste Maßnahme regte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) eine verbindliche Selbstverpflichtung für kirchliche und staatliche pädagogische Einrichtungen an. Zudem soll es außer den Arbeitsgruppen zu Aufarbeitung und Rechtsfragen sowie zur Prävention eine dritte Arbeitsgruppe geben. Diese soll sich vor allem damit befassen, wie Mediziner und Pädagogen besser ausgebildet werden können, um sexuellen Missbrauch zu erkennen und zu verhindern.

Schröder betonte, der Runde Tisch könne auf die geleistete Arbeit etwa der Opferverbände zurückgreifen. „Wir fangen nicht bei Null an“, so die Ministerin. Zu der von ihr ins Gespräch gebrachten Selbstverpflichtung erläuterte sie, ein Punkt könne etwa die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft sein. Eine weitere mögliche Auflage sei eine besondere Prüfung der Bewerber. Sie schlug vor, staatliche Förderungen davon abhängig zu machen, ob Institutionen eine solche Verpflichtung unterzeichneten.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) stellte die dritte Arbeitsgruppe vor, die unter ihrer Leitung tätig sein soll. Sie solle sich mit der Erforschung von pädosexuellem Verhalten und möglichen Therapien befassen. Mit einbezogen werden solle dabei das Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin an der Berliner Charite, das Männern mit pädosexuellen Neigungen Therapien anbietet.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) warnte davor, in der Missbrauchsdebatte das Strafrecht überzubewerten. Es könne in der Regel nicht das erfüllen, was sich Opfer davon oft versprechen, etwa die Anerkennung ihrer Leiden und die Enttabuisierung des Themas Missbrauch. Auch gegenüber einer automatischen Anzeigepflicht bei Missbrauchsverdacht äußerte sie sich skeptisch. Sie sei dann ein Problem, wenn es die Opfer ausdrücklich wünschten, keine Staatsanwaltschaft einzuschalten.

Zurückhaltend äußerten sich die Ministerinnen zum Thema Entschädigung. Das Thema „sei aber auf dem Tisch“, versicherte Leutheusser-Schnarrenberger. Es sei bei dem ersten Treffen jedoch klar geworden, dass es den Opfern zunächst darauf ankomme, dass das ihnen widerfahrene Unrecht anerkannt werde.

Die Unterarbeitsgruppen kommen nach Angaben der Ministerinnen im Mai zum ersten Mal zusammen. Das nächste Treffen für den Runden Tisch wurde für September anberaumt. Ende des Jahres soll ein erster Zwischenbericht vorliegen. (KNA – 23. April 2010)

Ackermann: Die Atmosphäre war konstruktiv und respektvoll

Berlin (KNA) Der Missbrauchsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Stephan Ackermann, hat sich lobend über die erste Sitzung des Rundes Tisches gegen Kindesmissbrauch geäußert. Er sei zuversichtlich, dass das Gremium zu guten Ergebnissen kommen werde, sagte Ackermann im Anschluss an die gut dreistündige Auftaktsitzung des Runden Tisches am Freitag in Berlin. Die Atmosphäre sei sehr respektvoll und konstruktiv gewesen. Die Teilnehmer repräsentierten viel Sachverstand und Erfahrung und hätten allesamt ihren guten Willen zur Zusammenarbeit bekundet.

Ackermann betonte: „Es gab überhaupt keinen anklagenden Ton gegenüber der katholischen Kirche.“ Die Frage nach Entschädigungszahlen habe das Plenum nur am Rande gestreift. Im Mittelpunkt hätten vielmehr das gegenseitige Kennenlernen und die Sammlung von Themen für die weitere Arbeit in den Untergruppen gestanden. Dabei habe sich gezeigt, dass bereits viel Wissen da sei, das nun gut und besser vernetzt werden müsse, so der Trierer Bischof. Dies gelte vor allem für die Bereich von Aufklärung, Opferschutz und auch Forschung.

Priorität für die weitere Arbeit des Rundes Tisches hat nach Ansicht von Ackermann, die gesammelten Themen und das Knowhow der Teilnehmer gut zu strukturieren und für die Arbeit in den nunmehr drei Untergruppen zu den Bereichen Prävention, Aufklärung und Rechtsfragen sowie Forschung aufzubereiten. Einhelliger Tenor unter den Teilnehmer sei, dass die aktuelle Debatte, mit ausgelöst durch die Fälle sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche, positiv dazu beitrage, das Thema in Institutionen wie im familiären Bereich zu enttabuisieren. Nicht zuletzt könne der Runde Tisch helfen, dass Beratungsangebote auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt werden. (KNA – 23. April 2010)

Reaktionen in der katholischen Kirche

Telefon-Hotline für Missbrauchs-Opfer stößt auf positives Echo

Bonn (KNA) Mit einer bundesweiten Telefon-Hotline will die katholische Kirche zur Aufklärung von Missbrauchsfällen beitragen. Opfer könnten sich ab sofort unter der Rufnummer (08 00) 1 20 10 00 melden, teilte der Missbrauchs-Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Stephan Ackermann, in Trier mit. Die kostenfreie Nummer sei dienstags, mittwochs und donnerstags von 13 Uhr bis 20.30 Uhr freigeschaltet. Psychologen und Sozialarbeiter stünden als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Anrufer bleiben auf Wunsch anonym. Die Initiative stieß bei Experten auf ein positives Echo. Die Missbrauchsbeauftragte der Jesuiten, Ursula Raue, sprach im RBB-Inforadio von einem „vernünftigen Angebot“. Der Jugendpsychologe Jörg Fegert attestierte der Kirche „eine neue Offenheit“, warnte jedoch vor übertriebenen Erwartungen. „Es gibt bestimmt Menschen, für die es eine riesige Überwindung wäre, sich ausgerechnet bei dieser Hotline zu melden“, sagte Fegert in einem Interview auf tagesschau.de.

Unterdessen nahm im Bonner Sekretariat der Bischofskonferenz ein Büro seine Tätigkeit auf, das Ackermann in seiner Arbeit als Missbrauchsbeauftragter unterstützen soll. Zu den Aufgaben der Einrichtung gehört unter anderem die Überarbeitung der kirchlichen Leitlinien zum Umgang mit Missbrauchsfällen aus dem Jahr 2002. (KNA – 30. März 2010)

Bischöfe wollen bei Leitlinien stärker auf die Opfer eingehen

Würzburg (KNA) Die katholischen Bischöfe haben Ende April in Würzburg über einen besseren Umgang mit Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche beraten. Sie diskutierten dabei einen ersten Entwurf zur Reform ihrer Leitlinien von 2002, wie die Bischofskonferenz am Montagabend mitteilte. Er soll mit Unterstützung kirchlicher und externer Experten noch weiterentwickelt und dann im Sommer verabschiedet werden.

In der vom Missbrauchsbeauftragten der Bischofskonferenz, Bischof Stephan Ackermann, vorgelegten neuen Fassung sei unter anderem das Verhältnis der kirchlichen Einrichtungen zu den staatlichen Strafverfolgungsbehörden präzisiert worden, heißt es in der Mitteilung. Außerdem werde deutlich gemacht, dass die Kirche keinen Rechtsraum losgelöst vom staatlichen Recht beanspruche. Die überarbeiteten Leitlinien sollen zudem stärker auf die Opfer-Perspektive eingehen und die Präventionsarbeit deutlicher berücksichtigen als bisher.

Die Bischöfe räumen ein, dass die Kirche in den vergangenen Monaten stark an Zustimmung verloren habe. „Wir spüren, dass die Kirche Vertrauen bei den Menschen verloren hat“, heißt es in der Stellungnahme. Wie das Vertrauen wiedergewonnen werden könne, werde die Bischöfe in den nächsten Wochen besonders beschäftigen.

Mit Interesse und engagiert arbeite die katholische Kirche am Berliner Runden Tisch mit, wird in der Erklärung betont. Er gebe die Gelegenheit, die gesamtgesellschaftliche Dimension des Problems zu diskutieren sowie zu Absprachen und gemeinsamen Selbstverpflichtungen zu gelangen. (KNA – 26. April 2010)

Lehmann sieht tiefgreifende Krise der Kirche

Frankfurt (KNA) Der Mainzer Kardinal Karl Lehmann sieht die katholische Kirche wegen der Missbrauchsfälle in einer tiefgreifenden Krise. In einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt Lehmann, die Kirche dürfe sich nicht wundern, wenn sie jetzt an jenen Kriterien gemessen werde, mit denen sie sonst ihre sittlichen Überzeugungen vertrete. „Die aufgedeckten Missbrauchsfälle wirken wie ein Bumerang“, so der Kardinal. Zugleich bekundet Lehmann Erleichterung, „dass nun vieles an den Tag kommt“.

Mit Blick auf seine Aufgabe als Bischof von Mainz schreibt er: „Ich tappte oft lange im Dunkeln, auch wenn ich noch so sehr um Aufklärung bemüht war.“ Die Täter schwiegen eisern, „viel mehr als jeder Alkoholiker“, viele Opfer vermochten es nicht, sich jemandem anzuvertrauen. Umso mehr müsse heute die Zuwendung zu wirklichen oder möglichen Opfern im Vordergrund stehen.

Zugleich gesteht Lehmann ein, dass die Kirche ebenso wie die Wissenschaft Pädophilie und damit auch die Fähigkeit von Tätern zur Umkehr und zur Heilung lange Zeit überschätzt habe. „Im guten Glauben haben wir uns oft auf den erklärten guten Willen verlassen. Deshalb kam es auch zu den falschen und schon seit längerer Zeit gewiss unverzeihlichen Praktiken, einen überführten und manchmal auch rechtskräftig verurteilten Täter einfach an eine andere Stelle zu versetzen.“

Lehmann nennt es tragisch, dass die Lehre der Kirche zwar nie einen Zweifel daran geduldet habe, dass jede Form von sexuellem Missbrauch verwerflich sei, „die Verantwortlichen in der Kirche im eigenen Umfeld in manchen Fällen aber doch nicht mit der letzten Akribie und Unabhängigkeit lückenlose und unbestechliche Aufklärung betrieben haben“. Der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz führt diesen Umstand auf mehrere Ursachen zurück: die Einstellung, „sich mehr um die Täter kümmern zu müssen als um die Opfer“, den Versuch „durch schnelles Abwehren und Verdecken eines Verdachts oder gar einer Verfehlung die Institution Kirche und gerade auch Amtspersonen, unter allen Umständen vor einem Makel zu bewahren“ sowie hier und da „Kumpanei“, wie sie in manchen geschlossenen Systemen möglich sei.

Zugleich nimmt Lehmann die Bischöfe gegen der Vorwurf der Untätigkeit in Schutz. Die seit 2002 geltenden Leitlinien der Bischofskonferenz hätten sich im Grundsatz bewährt. Zu bedenken sei bei einer Revision, ob die kircheninternen Ermittlungen in neutrale Hände gelegt und ob die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden in jedem Einzelfall zur Pflicht gemacht werden sollten. Bedacht werden muss nach den Worten des Kardinals, „inwieweit die priesterliche Lebensform in höherem Maß pädophil veranlagte Männer anziehen kann, zumal im Blick auf ein Engagement in kirchlichen Einrichtungen“. Dort bestehe nicht nur die Möglichkeit, vielen Kindern in einem geschützten Raum zu begegnen, sondern auch die Aussicht, durch seelsorgliche Diskretion und die gesellschaftliche Tabuisierung unentdeckt zu bleiben. „Die Verantwortlichen unserer Ausbildungsstätten haben diese Gefahr längst erkannt“, versicherte Lehmann.

(KNA – 31. März 2010)

Theologin Heimbach-Steins: Papst muss sich Strukturfrage stellen

Frankfurt (KNA) In der Debatte über den Missbrauchsskandal in katholischen Einrichtungen hat die Münsteraner Theologin Marianne Heimbach-Steins eine grundsätzliche Überprüfung des kirchlichen Selbstverständnisses gefordert. Kirchliche Institutionen sähen sich bisweilen immer noch als heilig und unantastbar, sagte Heimbach-Steins der „Frankfurter Rundschau“. Aus diesem Verständnis heraus werde Kirche für fähig gehalten, „Probleme in den eigenen Reihen selbst zu lösen - also insbesondere ohne Eingreifen der staatlichen Justiz oder ohne angemessene Berücksichtigung humanwissenschaftlicher Erkenntnisse“.

Eine Sicht der Kirche als „vollkommene Gemeinschaft“ neben der säkularen Gesellschaft sei angesichts der aktuellen Krise nicht möglich und im Verhältnis zwischen Kirche und säkularem Staat „kaum vermittelbar“, so die Theologin. Auch der Papst sei „keine neutrale - gleichsam außenstehende - Beurteilungsinstanz, sondern durch sein Amt Teil des Systems“. Deshalb müsse er sich mit den strukturellen Fragen auseinandersetzen.

Zugleich forderte Heimbach-Steins, die priesterliche Lebensform auf den Prüfstand zu stellen. So sei eine offene Diskussion darüber, ob Zölibat und Priesterberuf zusammengehören, dringend erforderlich. Außerdem müsse in der Ausbildung und Begleitung von Klerikern der verantwortungsvolle Umgang mit der eigenen Sexualität stärker thematisiert werden.

Heimbach-Steins ist Professorin für Christliche Sozialwissenschaft an der Universität Münster, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Mitglied der Theologischen Kommission des KDFB. *(KNA – 30. März 2010)*

Psychologe: Kirche muss Sexualität aus Dunkelkammer holen

München (KNA) Die Kirche muss nach Ansicht des Psychologen und Theologen Wunibald Müller die Sexualität „aus der Dunkelkammer“ herausholen. Nur dann könne sie die schwere Krise für sich fruchtbar machen, schreibt der Leiter des Recollectio-Hauses der Benediktinerabtei Münsterschwarzach in der „Süddeutschen Zeitung“. Im Recollectio-Haus werden Priester und Ordensleute aus ganz Deutschland in Lebenskrisen begleitet. Müller ist überzeugt, dass sich bei einer Entkopplung von Priesteramt und Zölibat der Kreis der Interessenten fürs Priesteramt vergrößern würde. Auch dürfte die Gruppe derer, die sich mit ihrer Sexualität auseinandergesetzt hätten, größer sein. Der Anteil derer wiederum, die sich aus fragwürdigen Gründen für den zölibatären Weg entschieden, würde kleiner, glaubt Müller.

In seinem Beitrag betont Müller aber auch, es gebe keinen Nachweis dafür, dass der Zölibat Ursache für Missbrauch sei. „Wer pädophil veranlagt ist und seine Veranlagung ausleben möchte, den schützt weder der Zölibat noch die Ehe davor, das zu tun.“ Von einer Priesterschaft aber, die sowohl zölibatäre als auch verheiratete Männer einschliesse, ginge eine positive Wirkung aus. Der ganze Bereich der Intimität wäre dann selbstverständlicher innerhalb der Priesterschaft anwesend. Damit würde auch ein eindeutiges Ja zur Sexualität zum Ausdruck kommen.

Wenn die Kirche zu ihren tatsächlichen Fehlern stehe, dann müsse sie auch nicht länger als Sündenbock für Fehler anderer herhalten, betont Müller. Diese würden gerne eigene Versäumnisse der Kirche aufladen. Hier wünschte sich der Psychologe seitens der Kritiker an der Kirche „etwas mehr Demut, im Wissen, dass der Misthaufen von der eigenen Tür oft genauso groß ist“. Damit meine er aber nicht berechtigte Kritik, sondern die Häme und Unbarmherzigkeit, die in mancher Berichterstattung der Kirche entgegenschlage. Als einzige Chance für die Kirche, ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, sieht Müller die offene Bereitschaft zur Veränderung. Dies setze nämlich die Reue voraus, wie sie Papst Benedikt XVI. in seinem Brief an die katholische Kirche in Irland ausgedrückt habe. Wer etwas bereue, sage damit auch, etwas falsch getan zu haben, „selbst wenn ich mit bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe“, so der Psychologe. (KNA – 6. April 2010)

Theologe fordert bessere Auswahl und Fortbildung von Priestern

Frankfurt (KNA) Wirksamere vorbeugende Maßnahmen der katholischen Kirche gegen sexuellen Missbrauch hält der Dekan der theologischen Fakultät an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Klaus Baumann, für notwendig. In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“ fordert er Änderungen in der Auswahl, Aus- und Fortbildung der Priester.

„Wo Menschen sich für Ordensgelübde oder den Priester-Zölibat entscheiden wollen, ist damit zu rechnen, dass sie noch lange keine in sich ruhende, Persönlichkeiten sind“, schreibt der Theologe. Es sollte durch geeignete Auswahlverfahren von vornherein so gut wie möglich ausgeschlossen werden, dass Männer mit schweren Persönlichkeitsstörungen als Priesterkandidaten aufgenommen oder gar zu Priestern geweiht werden. In vielen deutschen Diözesen lehnten die Seminarlei-

tungen jedes Jahr eine erstaunliche Anzahl von Bewerbern ab – „trotz Priestermangels nicht selten mehr als ein Drittel“.

Doch auch die verbleibenden Kandidaten seien keine in sich ruhenden Persönlichkeiten. „Ihre bewussten Motivationen sind meist vermengt mit eher defensiven unbewussten Motiven - auch im Blick auf ihr sexuelles Erleben und Verhalten. Sie nutzen neurotische und reife Abwehrmechanismen. Sie stellen damit keine Ausnahme gegenüber der Normalbevölkerung dar.“ Angehende Priester könnten den Zölibat nicht frei und klar wählen und nicht sinngerecht leben, wenn er ihnen unbewusst vor allem zur Abwehr oder gar zur Vermeidung von Intimität in einer Partnerschaft auf Augenhöhe diene, schreibt Baumann.

Supervision für Priester sei zwar wertvoll und werde auch genutzt, doch bleibe sie unzureichend. „Es bedarf stattdessen einer persönlichkeitsorientierten Priesterausbildung, die zusätzlich auch zentrale unbewusste Abwehrmuster, Leibes- und Beziehungserfahrungen geeignet bearbeiten hilft. Ich meine geeignete psychotherapeutische Selbsterfahrung, die nicht auf Pathologie fixiert ist, sondern der Persönlichkeitsentwicklung dient, der Klärung eigener Motivationen und Konflikte und emotionaler Reifung.“ (KNA – 20. April 2010)

„Die Menschen einladen“

Bischof Fürst will mit aus der Kirche Ausgetretenen sprechen

Der Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst will sich mit Menschen treffen, die aus der Kirche ausgetreten sind. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) erläutert Fürst am Mittwoch in Rottenburg seine Gründe und nennt seine Ziele für das Gespräch.

KNA: *Bischof Fürst, vor dem Hintergrund der Missbrauchsdebatte der vergangenen Wochen und Monate hat die Zahl der Kirchengaustritte auch in ihrem Bistum dramatisch zugenommen.*

Fürst: Ja, wir registrieren dramatisch steigende Austrittszahlen. Wir müssen uns diese Situation zunächst einmal ehrlich und ungeschönt anschauen: Es ist so. Und dann müssen wir uns fragen: Was ist der Auslöser für den Austritt? Man kann darüber spekulieren, man kann aber auch, wie ich das versuche, die Menschen einladen und sie selbst fragen, was der Grund für ihren Schritt ist. Ich möchte ihnen zunächst einmal zuhören, um dann mit ihnen in ein Gespräch zu kommen. Schon diese Begegnungen sind ein Wert an sich.

KNA: *Um wie viele Ausgetretene geht es genau?*

Fürst: Im März haben 2.676 Katholiken in meiner Diözese Rottenburg-Stuttgart die Kirche verlassen. Ich habe jeden einzelnen angeschrieben und eingeladen. Mit einer persönlichen Anrede, nicht mit einem Massenpostversand. Es gibt drei Gesprächstermine: einen in Stuttgart, einen in Rottenburg und einen in Oberschwaben, in Ravensburg. Ich möchte die Möglichkeit zum Zuhören und zum Gespräch haben. Und dann schaue ich, was die Menschen sagen: Es ist schön, dass Sie uns angehört haben, aber unser Entschluss steht fest. Oder: Wir wünschen uns eigentlich eine Kirche, die so oder so ist.

KNA: *Wie sollen die Treffen genau aussehen?*

Fürst: Das hängt damit zusammen, wie viele der Einladung folgen wollen. Wenn 20 zu einem Termin kommen, ist ein Rundgespräch möglich. Bei 150 wäre das schwieriger. Ich werde deshalb zunächst einmal abwarten, wie viele sich zurückmelden.

KNA: *Was ist das Motiv für Ihre Initiative?*

Fürst: Als Bischof sehe ich es mit Sorge, dass viele Katholiken der Kirche den Rücken zuwenden. Vielleicht kann ich bei diesen Gesprächen Dimensionen des kirchlichen Lebens vorstellen, die bei vielen gar nicht ankommen - durch wessen Schuld auch immer. Denn wir tun uns als Kirche schwer damit, uns mit dem vielem, was auch an Gutem geschieht, zu vermitteln. Vielleicht kann ich so etwas Neues weitergeben.

KNA: *Wo vermuten Sie Gründe für einen Austritt?*

Fürst: Die Fälle sexuellen Missbrauchs in kirchlichen Einrichtungen haben sicher manche zutiefst verstört. Zudem gibt es auch andere Fragen, anderen Ärger mit der Kirche und irgendwann den berühmten Tropfen, der das Fass dann zum Überlaufen bringt.

KNA: *Um die Kirchensteuer ...*

Fürst: ... geht es uns nicht so sehr, sondern darum, dass wir Menschen verlieren, für die unsere Botschaft eigentlich gedacht ist und für die wir Verantwortung tragen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Botschaft den Menschen hilft, ihr Leben gelingen zu lassen. Als Orientierung, als Sinnstiftung.

Interview: Sabine Kleyboldt (KNA – 28. April 2010)

Missbrauch wird Thema beim Ökumenischen Kirchentag

München (KNA) Maßgebliche Experten werden zu Podiumsdiskussionen zum Thema sexueller Missbrauch auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag erwartet. Wie die Veranstalter mitteilten, kommt die neu ernannte Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann, nach München. Die SPD-Politikerin wird am 13. Mai an einer Diskussion zum Thema „Nichts gesehen, nichts gehört, nichts gesagt?“ teilnehmen. Sie diskutiert mit weiteren Fachleuten, darunter die Mitbegründerin des Opferschutzvereins „Zartbitter“ in Köln, Ursula Enders.

Bei einer weiteren Veranstaltung spricht am 14. Mai der Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes. Der Jesuit brachte mit der Veröffentlichung von Missbrauchsfällen und Misshandlungen an seiner Einrichtung Ende Januar den bundesweiten Skandal ins Rollen. Ein weiteres Impulsreferat hält der Leiter des Recollectio-Hauses in Münsterschwarzach, der Theologe und Psychologe Wunibald Müller. An der anschließenden Diskussion nimmt der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für Missbrauchsfälle, der katholische Trierer Bischof Stephan Ackermann, teil. Er hatte angeregt, das Thema kurzfristig ins ÖKT-Programm aufzunehmen. Mit ihm diskutiert unter anderen Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU).

Neben den Podiumsveranstaltungen sollen auch Betroffene die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen haben. Dafür stünden im Zentrum Psychologische Beratung, Seelsorge und geistliche Begleitung ausgebildete Berater sowie Psychotherapeuten zur Verfügung. Im Zentrum Jugend und im Zentrum Männer soll es außerdem Angebote zur Vorbeugung und zum Umgang mit Erfahrungen von sexuellem Missbrauch geben. (KNA – 25. März 2010)

Glück fordert einheitliche Regeln für Umgang mit Missbrauchsfällen

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, hat die Deutsche Bischofskonferenz aufgerufen, für den Umgang mit Missbrauch von Kindern und Jugendlichen einheitliche Regelungen für ganz Deutschland zu schaffen. Diese müssten einheitlich gelten, unabhängig von den unterschiedlichen kirchenrechtlichen Zuständigkeiten in Diözesen und Ordensgemeinschaften, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Staat. Nur so könne ein weiterer Vertrauensverlust verhindert werden.

Weiter forderte Glück vor der Vollversammlung des ZdK in München eine „offene, ehrliche und tabufreie Beratung“ über Konsequenzen aus den Missbrauchsfällen. Gesprochen werden müsse über die Auswahl für geistliche Berufe, Aus- und Fortbildung und vieles mehr. Ob die gegenwärtige Krise Ausgangspunkt für Erneuerung oder von Rückzug und Bedeutungsverlust werde, hänge davon ab, wie jetzt die bitteren Erfahrungen verarbeitet und welche Schlussfolgerungen gezogen würden. „Eine Fixierung auf das Versagen Einzelner reicht nicht“, so der ZdK-Präsident wörtlich. „Von Papst, von Bischöfen und Laien wird konsequent eine 'Erneuerung' unserer Kirche gefordert“. Zu dieser Erneuerung und zu neuer Glaubwürdigkeit beizutragen sei gemeinsame Aufgabe. Auch hier gelte: „Wenn wir von Kirche sprechen, meinen wir nicht nur das Amt, wir müssen uns selbst mit einbeziehen“.

Glück rief dazu auf, keine Angst davor zu haben, dass durch Transparenz auch die Unvollkommenheit der Kirche und ihr ständiger Reformbedarf sichtbar werde. „Solche Unvollkommenheit schreckt nicht ab. Abschreckend – weil unglaubwürdig – wirkt, wenn hinter einer Fassade scheinbare Vollkommenheit und einem entsprechenden Anspruch nach außen dann die entsprechenden Fehler oder gar Skandale sichtbar werden.“ Dankbar zeigte sich der ZdK-Präsident, dass sowohl der Papst als auch die deutschen Bischöfe die Schwere der Verbrechen an Kindern und Jugendlichen vielfach mit eindeutigen Worten gebrandmarkt haben. Auch, dass die deutschen Bischöfe sich selbstkritisch zu Versäumnissen, Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen bekannt hätten, schaffe Respekt und den Nährboden für das Wachsen neuen Vertrauens. Als bisher wichtigsten Schritt bezeichnete Glück die Tatsache, dass im Mittelpunkt des kirchlichen Handelns jetzt die Opfer stünden und nicht mehr ein falsch verstandener Schutz der Kirche.

(ZdK – 16./17. April 2010)

Unter <http://www.zdk.de/aktuelles/> können folgende Redebeiträge zum Tagesordnungspunkt zum „Umgang mit sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche“ heruntergeladen werden:

- Bericht zur Lage von Alois Glück
- Statement von Pater Dr. Klaus Mertes SJ